



ABSCHLUSS



BERICHT

MULTIPLI-



KATOR:INNEN





ABSCHLUSSBERICHT

Informationsvermittlung zu Wohnrechten in Gemeinschaftsunterkünften sowie zu Möglichkeiten und Voraussetzungen des Auszugs aus Gemeinschaftsunterkünften und des Wohnungswechsels durch Multiplikator*innen

1. Einleitung und Zielsetzung

Im Rahmen des Projekts „VASiB“ wurde eine Maßnahme zur aufsuchenden Informations- und Empowermentarbeit in Gemeinschaftsunterkünften (GUs) für geflüchtete Menschen in Brandenburg umgesetzt. Ziel der Maßnahme war es, die unterbringungsspezifischen Kompetenzen von Bewohner*innen in Gemeinschaftsunterkünften zu stärken, sie für Rechtsverletzungen im Kontext der Unterbringung zu sensibilisieren und sie zugleich dazu zu befähigen, ihr Wissen an andere geflüchtete Menschen in vergleichbaren Lebenssituationen weiterzugeben.

Die Maßnahme basierte auf dem Aufbau eines Multiplikator*innen-Netzwerks. Hierfür sollten in verschiedenen Landkreisen aktive und gut vernetzte Personen eingebunden werden, die über praktische Erfahrungen im Bereich Unterbringung und Wohnraumversorgung in Brandenburg verfügen – teilweise auch aus eigener Erfahrung in Gemeinschaftsunterkünften. Durch Schulungen, regelmäßigen Austausch und ehrenamtliche Outreach-Arbeit sollte eine niedrigschwellige und vertrauensbasierte Informationsvermittlung ermöglicht werden.

2. Umsetzung der Maßnahme

Von Juli 2024 bis Dezember 2025 besuchten die Multiplikator*innen regelmäßig Gemeinschaftsunterkünfte in Brandenburg. Ziel der aufsuchenden Arbeit war es, geflüchtete Menschen direkt vor Ort über ihre Rechte im Kontext der Unterbringung zu informieren, Fragen zu beantworten sowie aktuelle Problemlagen und Lebensbedingungen in den Unterkünften zu dokumentieren.

Die Outreach-Arbeit ermöglichte es,

- Informationen des Netzwerks stärker in die Fläche Brandenburgs zu tragen,

- lokale Kontakte und Unterstützungsstrukturen auszubauen,
- konkrete Problemlagen in Gemeinschaftsunterkünften sichtbar zu machen sowie
- einen kontinuierlichen Austausch zwischen Projektmitarbeiter*innen und Bewohner*innen der Unterkünfte zu fördern.

Die Multiplikator*innen spiegelten ihre Erfahrungen regelmäßig in monatlichen Treffen mit den Projektmitarbeiter*innen des Flüchtlingsrats Brandenburg zurück. Die dabei gewonnenen Erkenntnisse decken sich in weiten Teilen mit den seit Jahren an den Flüchtlingsrat herangetragenen Berichten über Missstände in Gemeinschaftsunterkünften.

Auch wenn die geschilderten Situationen nicht pauschal auf alle Unterkünfte in Brandenburg übertragbar sind, zeigen die Berichte strukturelle Problemlagen auf, die vielerorts wiederkehrend auftreten. Die Erfahrungen der Multiplikator*innen verdeutlichen insbesondere, dass menschenwürdige Unterbringung sowie gesellschaftliche Teilhabe und Integration langfristig nur durch dezentrale Unterbringung in privatem Wohnraum gewährleistet werden können.

3. Zentrale Problemlagen in Gemeinschaftsunterkünften

Im Rahmen der Outreach-Arbeit wurden von verschiedenen Multiplikator*innen wiederholt folgende Problembereiche benannt:

3.1 Eingriffe in Grundrechte

Mehrfach wurden Eingriffe in die Privatsphäre und Grundrechte von Bewohner*innen berichtet. Dazu gehörten unter anderem:

- Ausgabe von Postsendungen durch Wach- oder Sicherheitsdienste ohne Anwesenheit von Sozialarbeiter*innen,
- Schlüsselzugänge des Wachpersonals zu Sanitärbereichen,
- Besuchsverbote,
- Kameraüberwachung,
- Aushänge mit Fotos aller Bewohner*innen im Eingangsbereich,
- das Ausbleiben medizinischer Hilfe in Notfällen,
- die Verpflichtung zur Abgabe von Zimmerschlüsseln beim Verlassen der Unterkunft.

Diese Praktiken wurden von Bewohner*innen vielfach als entwürdigend und kontrollierend wahrgenommen.

3.2 Unterbringungsbedingungen

Die Lebensbedingungen in vielen Unterkünften wurden als unzureichend beschrieben. Genannt wurden unter anderem:

- kalte oder baulich beschädigte Gebäude,
- Unterbringung in Containern,
- langanhaltende Baumaßnahmen,
- überbelegte Sanitäranlagen

- fehlende oder unzureichende Kochmöglichkeiten,
- mangelnde Aufenthalts- und Freizeitangebote,
- erhebliche Hygieneprobleme,
- unzureichende Müllentsorgung,
- fehlende Reinigungsdienste,
- abgelegene Standorte,
- zeitweise fehlendes Warmwasser,
- Gewalt gegen queere Geflüchtete,
- fehlende Rücksichtnahme auf Familien und Menschen mit besonderen Bedarfen.

Besonders problematisch wurde die Isolation vieler Unterkünfte beschrieben, die sowohl soziale Teilhabe als auch den Zugang zu Arbeit, Bildung und medizinischer Versorgung erschwert.

3.3 Allgemeine soziale und strukturelle Problemlagen

Neben den konkreten Wohnbedingungen wurden zahlreiche weitere Belastungen benannt:

- jahrelange Aufenthaltsdauern in Sammelunterkünften,
- fehlende Perspektiven auf eigenen Wohnraum,
- mangelnde Informationen zu Aufenthalts- und Bleiberecht,
- Verunsicherung durch Gerüchte und Falschinformationen,
- geringe Unterstützung bei der Wohnungssuche,
- Sprachbarrieren und Konflikte in Mehrbettzimmern,
- schlechte Anbindung an den öffentlichen Nahverkehr,
- Schwierigkeiten beim Zugang zu Sprachkursen,
- lange Wege zu Einkaufsmöglichkeiten,
- hohe mentale Belastung durch Isolation,
- Schwierigkeiten bei Arbeitsaufnahme und Terminwahrnehmung,
- unverhältnismäßig hohe Unterbringungsgebühren,
- rassistische oder diskriminierende Erfahrungen,
- unzureichende Unterstützungsangebote,
- fehlende Schutzräume für vulnerable Gruppen,
- Probleme im Zusammenhang mit der Bezahlkarte,
- Angst vor Abschiebungen,
- Schwierigkeiten bei der Organisation von Kitaplätzen.

4. Workshop und Wissensvermittlung

Ein besonderer Bestandteil der Maßnahme war ein Online-Workshop Mitte 2024 zum Thema „Aus- und Umzugsmöglichkeiten aus Gemeinschaftsunterkünften“. Der Workshop wurde gemeinsam mit den Multiplikator*innen konzipiert und aufgrund der schwierigen Erreichbarkeit vieler Unterkünfte online durchgeführt.

Der Workshop fand auf Englisch statt, dauerte etwa 1,5 Stunden und kombinierte fachlichen Input mit einer offenen Frage- und Austauschrunde. Teilnehmende waren sowohl Multiplikator*innen als auch Bewohner*innen von Gemeinschaftsunterkünften, die über das Netzwerk eingeladen wurden.

Der Workshop wurde insgesamt positiv bewertet. Besonders hervorgehoben wurden:

- die praxisnahe Vermittlung komplexer Informationen,
- der gemeinsame Austausch zu konkreten Problemlagen,
- die Möglichkeit für Multiplikator*innen, ihre Rolle praktisch zu erproben,
- die Verbindung von Wissensvermittlung und Empowerment.

Gleichzeitig wurde das Online-Format ambivalent bewertet: Einerseits erleichterte es die Teilnahme trotz langer Anfahrtswege, andererseits erschwerte die fehlende physische Präsenz den Aufbau eines vertrauensvollen Austauschs.

Im Verlauf der anschließenden Treffen wurde zudem deutlich, dass bestimmte Vulnerabilitäten – etwa von queeren Geflüchteten, Menschen mit Behinderungen oder chronischen Erkrankungen – bislang noch unzureichend berücksichtigt wurden. Hier wurde weiterer Fortbildungs- und Sensibilisierungsbedarf benannt.

Ein zweiter Workshop zum Thema „Auszug aus der Gemeinschaftsunterkunft und Aufenthaltsverfestigungen“ fand am 29.08.2025 in Präsenz statt. Daran nahmen Multiplikator*innen sowie weitere Geflüchtete aus Brandenburg teil. Mit einer Rechtsreferentin wurden im ersten Teil Wege und Möglichkeiten des Auszugs aus einer Gemeinschaftsunterkunft vorgestellt und anhand praktischer Beispiele interaktiv mit den Teilnehmenden diskutiert und behandelt. Im zweiten Teil wurden die Themen Bleibeperspektiven sowie Möglichkeiten der Aufenthaltsverfestigung durch Arbeit und gute Integration thematisiert und erläutert.

Am Ende gab es ein Quiz mit dem das Wissen der Teilnehmer*innen zu den vermittelten Inhalten getestet wurde, mit insgesamt positiven Ergebnissen. Die vermittelten Inhalte wurden gut aufgenommen und kann gut an Betroffenen weitergetragen werden.

5. Herausforderungen bei der Umsetzung

Im Verlauf des Projekts zeigte sich deutlich, dass die ursprünglich formulierten Erwartungen an Umfang und Intensität der Multiplikator*innen-Arbeit unter den gegebenen strukturellen Bedingungen nur eingeschränkt realistisch waren.

Insbesondere folgende Faktoren erschwerten die Umsetzung:

- die lediglich ehrenamtliche Vergütung der Tätigkeit,
- fehlende langfristige finanzielle Absicherung,
- Unsicherheiten infolge schleppender Projekt- und Antragsbearbeitung,
- Verzögerungen bei Entscheidungen über Ehrenamtspauschalen,
- eingeschränkter Zugang zu Gemeinschaftsunterkünften,
- hohe zeitliche und emotionale Belastungen der Multiplikator*innen.

Die strukturellen Unsicherheiten wirkten sich teilweise negativ auf Vertrauen, Motivation und Verbindlichkeit innerhalb des Projekts aus. Von ursprünglich acht Interessierten engagierten sich bis Ende 2024 nur noch sechs Personen aktiv im Netzwerk.

Zugleich zeigte sich, dass die Rolle der Multiplikator*innen nicht auf reine Informationsvermittlung reduziert werden kann. Ihr tatsächliches Potenzial liegt wesentlich stärker in Empowerment-Prozessen, Vertrauensaufbau und communitybasierter Unterstützung.

6. Erkenntnisse und Bewertung

Die Erfahrungen aus dem Projekt zeigen deutlich, dass aufsuchende Informationsvermittlung über ein Multiplikator*innen-Netzwerk ein sinnvoller und wirksamer Ansatz ist, um Zielgruppen zu erreichen, die von klassischen Beratungsangeboten häufig nicht erreicht werden.

Die Maßnahme hat insbesondere gezeigt:

- Der Bedarf an wohn- und unterbringungsbezogener Aufklärung ist sehr hoch.
- Peer-basierte Informationsvermittlung schafft Vertrauen und erleichtert den Zugang zu Informationen.
- Multiplikator*innen können wichtige Empowerment-Prozesse innerhalb der Communities anstoßen.
- Die langfristige Bindung und Stabilisierung eines Multiplikator*innen-Netzwerks erfordert jedoch deutlich bessere strukturelle Rahmenbedingungen.

Zudem wurde deutlich, dass nachhaltige Community-Outreach-Arbeit nicht allein auf ehrenamtlichem Engagement basieren kann. Erforderlich sind eine angemessene Honorierung, kontinuierliche Begleitung, Supervision, Sprachmittlung sowie ausreichende Ressourcen für Fortbildungen, Fahrtkosten und Austauschformate.

7. Zentrale Forderungen

Vor dem Hintergrund der dokumentierten Erfahrungen ergeben sich folgende zentrale Forderungen:

- freier Zugang von Flüchtlingsrat, Selbstorganisationen und Unterstützungsinitiativen zu Gemeinschaftsunterkünften,
- stärkere Partizipationsmöglichkeiten und gesellschaftliche Teilhabe für Bewohner*innen,
- Einrichtung unabhängiger Beschwerdestellen in allen Unterkünften,
- flächendeckende Gewaltschutzmaßnahmen.

8. Empfehlungen für zukünftige Projektzyklen

Für zukünftige Projektphasen bzw. vergleichbare Maßnahmen wird empfohlen:

- Multiplikator*innen bereits in der Konzeptions- und Antragsphase einzubeziehen, realistische Zielsetzungen gemeinsam mit den Beteiligten zu entwickeln,
- die Rolle der Multiplikator*innen stärker als Empowerment- und Community-Akteur*innen zu verstehen,

- ausreichende finanzielle Mittel für Honorare, Supervision, Sprachmittlung, Fortbildungen und Fahrtkosten einzuplanen,
- regelmäßige gemeinsame Evaluationen durchzuführen und Konzepte flexibel anzupassen,
- vulnerable Gruppen stärker inhaltlich zu berücksichtigen.

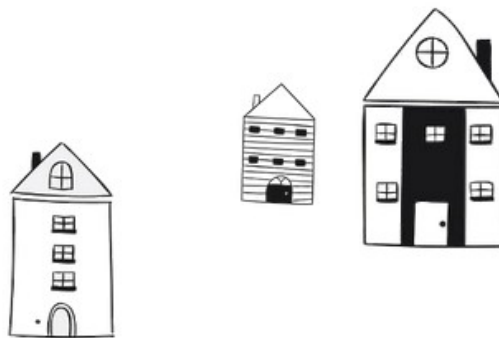
Die Verstetigung und Weiterentwicklung des Multiplikator*innen-Netzwerks erscheint weiterhin sinnvoll und notwendig. Gleichzeitig bedarf es einer strukturellen Überarbeitung des Tätigkeitsprofils sowie verlässlicher Rahmenbedingungen, um nachhaltige und wirksame Outreach- und Empowermentarbeit leisten zu können.

9. Fazit

Die Maßnahme hat deutlich gemacht, dass wohn- und unterbringungsbezogene Informationsvermittlung durch communitybasierte Multiplikator*innen einen wichtigen Beitrag zur Stärkung von Rechten, Selbstorganisation und Teilhabe geflüchteter Menschen leisten kann.

Gleichzeitig haben die Erfahrungen des Projekts die erheblichen strukturellen Defizite der Unterbringungssituation in Brandenburg sichtbar gemacht. Viele der dokumentierten Problemlagen stehen einer menschenwürdigen Unterbringung sowie gesellschaftlicher Integration entgegen.

Die Ergebnisse des Projekts unterstreichen daher die Notwendigkeit, sowohl die Bedingungen in Gemeinschaftsunterkünften grundlegend zu verbessern als auch langfristig dezentrale Wohnformen zu fördern.



Projekt ‚VASiB – Verbesserung der Aufnahmebedingungen für Schutzsuchende, Schutzberechtigte und vorübergehend Schutzberechtigte in Brandenburg‘ der Kooperation für Flüchtlinge in Brandenburg (KFB).

Gefördert durch:



Kofinanziert von der Europäischen Union





GUTES



WOHNEN

FÜR



ALLE

